

Herr Bundeskanzler  
Mag. Christian Kern  
Bundeskanzleramt  
Ballhausplatz 2  
1010 Wien

21. Juni 2016



## Zivilgesellschaftliche Anliegen zum Europäischen Rat am 28./29. Juni

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

zu aller erst möchten wir Ihnen zu Ihrer neuen Funktion als Bundeskanzler gratulieren und uns bei Ihnen als **Dachverband der entwicklungspolitischen und humanitären NGOs in Österreich** vorstellen. Gemeinsam mit unseren 34 Mitgliedsorganisationen setzen wir uns dafür ein, dass die österreichische und internationale Politik im Interesse der am meisten benachteiligten Menschen solidarisch gestaltet wird und sich für Chancengleichheit, eine gerechte globale Verteilung der Güter, eine friedvolle Entwicklung sowie die Erhaltung der natürlichen Ressourcen einsetzt. Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit und hoffen, dass sich der globale Kampf gegen Armut, extreme Ungleichheiten und den Klimawandel unter Ihren Prioritäten als Bundeskanzler befinden. Wir sind der festen Überzeugung, dass großes Engagement notwendig sein wird, um die zahlreichen Krisen der Welt zu entschärfen.

### Die 2030 Agenda der UNO – Ein neuer Deal für nachhaltige Entwicklung

Wer eine gute Zukunft für Österreich will, muss die Welt im Blick haben. In unserer globalisierten Welt wirken Krisen auch bis zu uns. Wir können nicht in Frieden, Sicherheit und Wohlstand leben, wenn neben uns Ungerechtigkeit und Elend herrschen. Aber eine Welt ohne Hunger, Armut und Krisen ist möglich, mit den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals - SDGs) gibt es einen Masterplan dafür. Deren Umsetzung durch die Staatengemeinschaft sorgt für mehr Gerechtigkeit auf der Welt und schafft Lebensperspektiven für alle Menschen.

Dieser umfassende und ambitionierte Plan, mit 17 darin enthaltenen universellen Zielen für Nachhaltige Entwicklung, wurde von allen 193 UN-Mitgliedstaaten beschlossen, um auf lokaler und globaler Ebene entschieden gegen Armut, Ungleichheit, die Zerstörung der Ökosysteme und den Klimawandel vorzugehen und vermehrt soziale, ökologische und ökonomische Nachhaltigkeit zu fördern.

Nun gilt es die internen und externen Politiken an die Ambitionen und Ziele der Agenda anzupassen. Die Umsetzung der SDGs ist eine gesamtstaatliche Aufgabe, die alle Ressorts betrifft, sowohl in der Innenpolitik als auch im auswärtigen politischen Handeln. In vielen EU-Staaten setzen sich die Staats- und Regierungschefs persönlich für eine funktionierende Implementierung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene ein.

Der Großteil der neuen Ziele betrifft auch das Handeln der Europäischen Union. Sie werden zum Beispiel in der Globalen Strategie der EU, die beim kommenden **Europäischen Rat am 28. und 29. Juni** vorgestellt wird, sicherlich ausführlich berücksichtigt sein. Eine konsequente Umsetzung der SDGs kann auch in Bezug auf das Thema Migration, welches ebenfalls auf der Tagesordnung steht, einen Beitrag zu einer stabilen und gerechteren Welt leisten – und somit zur Verminderung von Flucht und erzwungener Migration beitragen.

Gemeinsam mit unserem europäischen Dachverband CONCORD möchten wir Sie und die anderen Staats- und RegierungschefInnen der EU ersuchen, die Führungsrolle, welche die EU und ihre Mitgliedstaaten bei den Verhandlungen der Ziele wahrgenommen haben, auch weiterhin auszufüllen. Ein wichtiger erster Schritt wäre es, vor dem **High Level Political Forum (HLPF) der UNO** die Wichtigkeit der 2030 Agenda im allen Politikbereichen in einer **gemeinsamen politischen Erklärung** zu unterstreichen. Die Erklärung sollte gegenüber der internationalen Gemeinschaft verdeutlichen, dass die EU und ihre Mitgliedstaaten die Umsetzung der gemeinsamen Beschlüsse rasch vorantreiben.

#### Neuer Partnerschaftsrahmen zu Migration

Wir möchten unsere Bedenken gegenüber dem am 7. Juni von der Europäischen Kommission veröffentlichten Vorschlag für einen neuen Partnerschaftsrahmen zu Migration zum Ausdruck bringen. Wir sehen in diesem Vorschlag den Versuch, Migrationskontrolle weiter zu externalisieren in dem man mit repressiven Regimen (wie etwa dem Sudan) oder Staaten die sich in Konfliktsituationen befinden (wie etwa Libyen oder der Irak), zusammenarbeitet, mit dem einzigen Ziel Migrationsströme Richtung Europa zu unterbinden. Die Einhaltung der Menschenrechte und weitere internationale Vereinbarungen scheinen dabei zweitrangig zu sein. Wir ersuchen Sie daher, sich für eine **EU-Migrationspolitik einzusetzen, welche die unteilbaren Menschenrechte – und damit auch die Europäischen Grundwerte in den Mittelpunkt stellt.**

Zudem sind wir sehr darüber besorgt, wie die EU-Kommission verstärkt auf Konditionalitäten in den Partnerschaften mit afrikanischen Ländern setzen möchte, welche ausschließlich darauf abzielen, Migration Richtung Europa zu verhindern. Diese Instrumentalisierung von Entwicklungszusammenarbeit widerspricht dem Vertrag von Lissabon, welcher eindeutig Armutsbekämpfung als das Hauptziel der Entwicklungszusammenarbeit definiert. Wir möchten Sie daher dringend ersuchen, sich dafür einzusetzen, dass **EU-Entwicklungshilfe für ihre in den Verträgen vereinbarten Hauptziele eingesetzt wird – nämlich der Bekämpfung und Beseitigung von Armut – und nicht Spielball anderer Politikfelder wird.** Im Sinne der ebenfalls im Vertrag festgeschriebenen Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung sollte vielmehr darauf geachtet werden, dass andere Politikfelder nicht den Zielen der Entwicklungspolitik entgegenwirken – nur so kann eine umfassende, langfristige und effektive Bekämpfung der Fluchtursachen bewerkstelligt werden.

Wir hoffen, dass die von uns angesprochenen Themen Ihnen ebenfalls ein Anliegen sind und Sie die Gelegenheit haben werden, diese beim Europäischen Rat kommende Woche einzubringen. Im Falle von Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen,



Annelies Vilim  
Geschäftsführerin  
AG Globale Verantwortung